

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 5

Erratum: Corrigendum
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kam, ohne dass sie dabei mitzubestimmen hatten.

Das ganze Geld- und Zinssystem kompliziert diesen Grundsachverhalt, aber es schafft keinen neuen. Zins ist nur gerade die Leihgebühr, die ein aktiver Fabrikant einem passiven Besitzer von «Gutscheinen», Geld eben, auf anzuschaffenden Produktionsmitteln bezahlt, weil er offenbar eine Wertschöpfung aus den damit arbeitenden Beschäftigten erzielt, der über dem Zins liegt und ihm daher auch noch etwas lässt. Der Zinsnehmer ist aber damit ein Beteiligter am Fabrikertag aus den Beschäftigten, gemäss einer Abmachung, dem Zinssatz, eben. Das ist alles.

Die Demokratisierung der Wirtschaft — auch ein Mittel gegen die Geldspekulation

Wer an der wirtschaftlichen Ungleichheit der Menschen etwas ändern will, muss ihnen im Produktionsprozess eine stärkere Stellung geben, Mitbestimmung am Arbeitsplatz verschaffen, noch besser: auf eine Gesell-

schaftsordnung zielen, wo das Produktionsmitteleigentum breit gestreut ist, in Genossenschaften beispielsweise. Mit dieser Änderung hört auch die Geldspekulation automatisch auf: Mit Genossenschaftanteilen kann man nicht spekulieren, weil die Abmachungen dahinter nicht dem eingangs beschriebenen kapitalistischen Modell entsprechen. Diese Besitzanteile sind nicht immer übertragbar, sie gewähren immer nur eine Stimme pro Kopf, nicht pro Anteilschein, sie werden bloss verzinst und werfen keine unbegrenzten Dividenden ab, und das Unternehmen kann bei Liquidation nicht privat behündigt werden. Aber nicht der blosser Umtausch dieser Scheine des Geldbereichs (Aktien in Genossenschafterscheine) ändert die Beziehungen der Menschen, sondern doch die vorausgehende Übereinkunft, die Produktionsmittel in dieser Form zu besitzen und die damit erzielten Arbeitsverträge in dieser Form zu verteilen. Das ist die Realität hinter dem Geldschleier.

Beat Kappeler

Aus befreundeten Vereinigungen

Aktion «Gemeinsame Militärsteuer- verweigerung»

Die schweizerischen Militärausgaben kosten im gegenwärtigen Rüstungsprogramm 4,5 Milliarden Franken, und schon enthalten die Regierungsrichtlinien für die Zeit von 1984 bis 1987 ein weiteres Aufrüstungsprogramm in der Höhe von 9 Milliarden Franken.

Müssen wir Zahler von Bundessteuer (alias Wehrsteuer) und Militärpflichtersatz uns da nicht fragen, ob wir diese Steuern noch unbesehen weiter bezahlen dürfen? Unsere Zahlungen treiben doch die wahnwitzig sich aufspiralende, untergangsdrohende internationale Aufrüstung mit an. Diese Spirale erdrückt — wie eine sich ringelnde Schlange — durch die sich steigernde Militarisation aller Gruppen der Gesellschaft eine gesunde und aufbauende Volkswirtschaft.

Verantwortungsbewusst für das Wohl unserer Nation haben Schweizerinnen und Schweizer sich durch ihre Gewissenserkenntnis gezwungen gefühlt,

ihr Geld nicht mehr unbesonnen und freiwillig dem Bund zur Verfügung zu stellen. 20 Prozent ihres Steuerbetrages, gemäss dem Anteil der Bundesausgaben für die Armee, halten sie demonstrativ zurück. Sie überweisen den entsprechenden Betrag an eine schweizerische Organisation, die sich tatkräftig um Abrüstung und Frieden bemüht. Diese symbolische Handlung soll eine Aufforderung an den Bund, die Politiker und das ganze Volk sein, sich offiziell und öffentlich für den Aufbau eines gerechten und auf gesellschaftlicher Solidarität beruhenden Friedens einzusetzen, sowohl in bezug auf die Dritte Welt, als auch hier unter uns.

Wer Eingehenderes über diese Aktion erfahren möchte, sei auf die «Erklärung: Gemeinsame Militärsteuer-
verweigerung» hingewiesen, welche bei der Aktionsgruppe AGMSV, Köchlistrasse 3, 8004 Zürich, erhältlich ist.

Willi Kobe

Corrigendum

Im Aprilheft 1984, S. 126, muss es heissen: «Unilateralismus» (nicht «Unliteralismus»).